

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Rat	24.11.2011

Anfrage der Fraktion PRO KÖLN: Bürgerzentrum Alte Feuerwache als Veranstaltungsraum für Linksextremisten

1. Aus welchem Grund fördert die Stadt Köln jährlich mit rund 400 000 Euro den Trägerverein eines Bürgerzentrums, der vom Verfassungsschutz beobachteten Linksextremisten, wie dem VVN/BdA, freiwillig seine Räumlichkeiten zur Verfügung stellt?

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung führt die Beschlüsse des Rates der Stadt Köln vom 24.10.1985, das Bürgerzentrum Alte Feuerwache in freier Trägerschaft zu führen, sowie die am 07.10.2010 beschlossene Haushaltssatzung für das Jahr 2011 aus.

2. Wie beurteilt die Verwaltung die Raumvergabe der Alten Feuerwache an diesen vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremen Verein und könnte dies einen Stopp der städtischen Förderung zur Folge haben?

Antwort der Verwaltung:

Die Vergabe von Räumlichkeiten in Bürgerzentren erfolgt auf der Grundlage der Rahmenkonzeption für die Arbeit der Bürgerhäuser und unter Beachtung der geltenden Rechtsvorschriften. Die Beachtung dieser Bedingungen zieht keinen Stopp der Förderung nach sich.

3. Warum wird für die Veranstaltung dieses linksextremen Vereins in einem Newsletter geworben, der von der so genannten Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus verschickt wird, deren Träger NS DOK als städtische Einrichtung im Jahr 2011 den Kölner Steuerzahler rund 2 000 000 Euro kosten wird?

Antwort der Verwaltung:

Gemäß des Auftrages durch einen Ratsbeschluss vom 24.04.2008 ist die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln dazu angehalten, mittels eines Newsletters die interessierte Öffentlichkeit über Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus zu informieren.

4. Welche Maßnahmen gedenkt die Verwaltung zukünftig zu ergreifen, um zu verhindern, dass weiter Linksextremisten städtisch geförderte Einrichtungen zu ihrer Plattform machen können?

Antwort der Verwaltung:

Für alle Bürgerhäuser und Bürgerzentren gilt die Kölner Rahmenkonzeption.

5. Warum hat die Verwaltung auf einer unserer letzten Anfragen geantwortet, dass es keine Zusammenarbeit städtischer Einrichtungen mit linksextremen Vereinen oder Einzelpersonen gibt, obwohl dies ganz offensichtlich nicht den Tatsachen entspricht?

Antwort der Verwaltung:

Es gibt nach wie vor keine Zusammenarbeit städtischer Einrichtungen mit links- und rechtsextremen Vereinen.

gez. Roters